

FDP – Fraktion

in der Stadtverordnetenversammlung Limburg

**Herrn
Stadtverordnetenvorsteher
Rolf Dettmann
Rathaus**

65549 Limburg

Vorsitzende:
Marion Schardt
Irmtrauter Hof
65554 Limburg
Marion-Schardt@t-online.de

Limburg, den 23.01.2014

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

ich bitte Sie, nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu nehmen:

Tagesordnungspunkt: Straßenbeitragssatzung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1. Die Straßenbeitragssatzung wird aufgehoben.**
- 2. Der Magistrat wird gebeten, die anstehenden Beitragsbescheide/Beitragsschuld im Rahmen einer Einzelfallentscheidung zur Vermeidung unbilliger Härten zu erlassen.**

Begründung:

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25.06.2007 hat eine Mehrheit aus CDU, Grünen und FWG beschlossen, sich nicht gegen die Verfügung, eine Straßenbeitragssatzung zu erlassen, zu wehren. Die Klage beim Verwaltungsgericht wurde zurückgenommen. Es wurde die Straßenbeitragssatzung erlassen. Anders als in Sachen FOC hatte man keinen langen Atem, hatte kein großes Interesse, die Grundstückseigentümer in Limburg vor weiteren finanziellen Belastungen zu schützen. Die FDP hat sich stets gegen diese Veranlagung der Eigentümer für den Straßenausbau ausgesprochen.

Seit 2007 müssen daher Grundstückseigentümer in Limburg zahlen, wenn öffentliche Straßen, Wege oder Plätze um- oder ausgebaut werden. Ein Eigentümer wird damit nicht nur für die erstmalige Erschließung herangezogen. Nein, auch beim so genannten Zweitausbau werden die Eigentümer und durch spätere Mieterhöhungen auch die Mieter zur Kasse gebeten. Ein Eigentümer muss damit laufend nicht nur die Grundsteuer an die öffentliche Hand zahlen. Nein, diese Steuerzahlung reicht der öffentlichen Hand nicht.

Was hat sich geändert in Limburg seit 2007?

Es ist nicht alleine so, dass sich der Schuldenstand der Stadt stetig reduziert hat, sondern auch die Einnahmeseite ist konstant gut. Auch wenn der Schuldenabbau zu begrüßen ist, er ist vor allem durch strikte Zurückhaltung beim Eingehen neuer finanzieller Verpflichtungen zu erreichen, nicht durch den tieferen Griff in den Geldbeutel der Bürger.

Die Stadt Limburg ist durchaus in der Lage seine Verkehrsanlagen instand zu halten ohne die Bürger erneut zur Kasse zu bitten und wird dazu auch weiterhin in der Lage sein.

Diese stabile Situation hat sich mit dem 01.01.2014 weiter verändert bzw. verbessert!

Die Mehrheit aus CDU und Grünen hat die Grundsteuer A und B erhöht. Die Einnahmen aus diesem Bereich steigen weiter. Natürlich sind Steuern nicht zweckgebunden und dienen primär der allgemeinen Haushaltsdeckung. Gleichwohl kann ein Grundstückseigentümer erwarten, dass der Staat mit den Einnahmen seine Aufgaben aus der öffentlichen Daseinsvorsorge auch beim Ausbau der Verkehrswege erfüllt. Die Herstellung, Aufrechterhaltung und Veränderung von Infrastruktur gehören – anders als die Bewirtschaftung von Parkhäusern- zu Kernaufgaben des Staates, bzw. der Stadt.

Bei den Beratungen im Jahr 2007 hat die CDU bekundet, sie denke darüber nach, als Gegenleistung für die Einführung der Straßenbeitragssatzung die Grundsteuer etwas zu senken – auf das Niveau vor der Erhöhung 2004! Es blieb ein hübscher Traum.

Die Kassen der Stadt füllen sich weiter. Die Taschen der Eigentümer leeren sich weiter. Dafür besteht keine Rechtfertigung. Die Satzung ist daher abzuschaffen!

Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.



Marion Schardt
Fraktionsvorsitzende